

Timo Noetzel

Außen- und sicherheitspolitische Standortbestimmung der Sozialdemokratie

Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik: So lautet das unverrückbare Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie. Diese Grundthese zieht sich auch durch die meisten Beiträge des von Kurt Beck und Hubertus Heil herausgegebenen Sammelbandes zur *Sozialdemokratischen Außenpolitik für das 21. Jahrhundert*. Es ist den Herausgebern gelungen, führende Außen- und Sicherheitspolitiker der SPD und der mit ihr verbundenen internationalen Schwesterparteien sowie prominente Wissenschaftler für Beiträge zu verpflichten, die das ganze Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik von der Europa- über die Entwicklungs- bis zur Menschenrechtspolitik abdecken. Das Buch ist im Vorfeld des Hamburger Parteitags und vor dem Hintergrund der Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD entstanden. Die Sozialdemokraten sehen sich hier außenpolitisch vor einem Kraftakt. Die Partei braucht eine eigene Position, will sie sich nicht in der Großen Koalition sicherheitspolitisch an den Rand und gegenüber dem sicherheitspolitischen Nihilismus der LINKSPARTEI in die Defensive drängen lassen. Oskar Lafontaine fordert den Rückzug aus Afghanistan, der Koalitionspartner beruft sich auf bündnispolitische Verpflichtungen. Die SPD ist irgendwo dazwischen und kämpft mit sich.

Der vorliegende Sammelband verdeutlicht die großen Herausforderungen, mit denen sich sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik heute konfrontiert sieht. Die SPD war außenpolitisch kontinuierlich Avantgarde auf vielen Politikfeldern, welche sich später zu einem Bestandteil des außenpolitischen Konsenses der Bundesrepublik entwickelt haben. Martin Schulz verweist insbesondere auf Friedens- und Entwicklungspolitik sowie

auf die Vorreiterrolle der SPD beim Verfassungsgebungsprozess der EU. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hebt die Anbindung der Türkei an Europa hervor und Staatsminister Gernot Erler verdeutlicht noch einmal die Bedeutung von Prävention als kontinuierlichem Leitgedanken sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Energiesicherheit und Klimaschutz sind in den vergangenen Jahren insbesondere von Umweltminister Sigmar Gabriel zu Aktivposten sozialdemokratischer Außenpolitik entwickelt worden. Diese Beiträge verdeutlichen die Fähigkeit der Sozialdemokratie, ihre außenpolitische Programmatik beständig weiterzuentwickeln und auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Im Bereich der Sicherheitspolitik legt Peter Struck noch einmal Rechenschaft über sein Wirken als Bundesminister der Verteidigung ab. Sozialdemokraten sind in den letzten Jahren jedoch eher Außen- als Sicherheitspolitiker gewesen – darüber konnte auch ein noch so authentischer Verteidigungsminister wie Peter Struck nicht hinwegtäuschen –, auch das spiegelt dieser Sammelband wider. Ein Paradoxon der zurückliegenden Regierungszeit ist, dass die SPD nichtsdestoweniger gerade hier besonders erfolgreich war.

Der unangefochtene Doyen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitiker, Egon Bahr, benennt und diskutiert das unveränderliche Vokabular nationalstaatlicher Aktivität in diesem Bereich: das der Macht und des Interesses. Aufgegriffen werden diese Begrifflichkeiten von Rolf Mützenich sowie Knut Dethlefsen und Christoph Moosbauer. Während Mützenich die Voraussetzungen für nationale Interessenpolitik diskutiert, verweisen letztere auf die große Herausforderung bei

der Formulierung von Strategie, zivile und militärische Mittel abgestimmt zur Wirkung zu bringen. Den Beiträgen ist eine deutliche Skepsis gegenüber dem militärischen Instrumentarium insgesamt gemeinsam. So ist wohl auch die einzige, in ihrer Bedeutung allerdings sehr schwergewichtige Fehlstelle dieses Sammelbandes zu erklären: eine überzeugende Begründung der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Dies ist umso offensichtlicher zumal die rot-grüne Bundesregierung mit ihren Entscheidungen für Einsätze der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan Neuland betreten hatte. Der damalige Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder verband sein politisches Schicksal mit dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan, indem er bei der Abstimmung im Bundestag die Vertrauensfrage stellte. Für Schröder war der Einsatz in Afghanistan ein Kernstück seiner Außen- und Sicherheitspolitik. Generell wurde unter Rot-Grün das Militär zum Mittel einer vernetzten Sicherheitspolitik, die im Einklang mit EU und NATO regionale Stabilisierung, friedenswahrende oder auch friedens erzwingende Maßnahmen unter UN-Mandat verfolgte. Rot-Grün hat die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich geprägt. Aus den Beiträgen des Sammelbandes geht das nicht so recht hervor. Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass Sozialdemokraten immer mehr am Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zweifeln.

Dagegen werden die sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen sich die gegenwärtige Bundesregierung konfrontiert sieht, in verschiedenen Beiträgen

intensiv diskutiert. Constanze Stelzenmüller bekräftigt, dass sich die Zukunft der NATO im Kampfeinsatz im Süden Afghanistans entscheiden werde. Herfried Münkler charakterisiert die deutsche Gesellschaft als postheroisch. Sie sei daher auf den Tod deutscher Soldaten kaum vorbereitet. Hier schließt sich die Klammer zu den Beiträgen von Walter Kolbow, der auf die Bedeutung der NATO für Deutschland verweist, und Tony Blair, der die Notwendigkeit der Bereitschaft zum Einsatz von militärischer Macht zur Verteidigung demokratischer Werte unterstreicht. Hier verdeutlicht sich auch noch einmal der eingangs angesprochene Kraftakt, vor dem die Sozialdemokraten stehen. Die SPD hat es sich unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder nicht einfach gemacht. Sie hat mit guten Gründen für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und gegen den Irak-Krieg gestritten. In Partei und Bundestagsfraktion wächst nun aber

schon seit längerem eine prinzipielle Kritik an den Auslandseinsätzen. Was aber folgt daraus?

Die eigenen Ansprüche herunter-schrauben und sich zu einem »realpolitischen« Zynismus bekennen – das will kein Sozialdemokrat. Die Partei sieht sich allerdings mit Lafontaine, Gysi und deren Gefolgschaft konfrontiert. Sie machen der SPD das Alleinstellungsmerkmal der Friedenspartei streitig. Im Resultat nähern sich Teile der deutschen Sozialdemokratie seit dem Erstarren der auf Populismus setzenden LINKSPARTEI einem politisch entkernten Begriff von Frieden an, der den Verzicht auf alles Militärische beinhaltet. Frieden darf aber kein Glaubens-

bekenntnis ohne politischen Plan sein. Die SPD ist hier noch auf der Suche. Der Sammelband gibt sicher noch keine umfassenden Antworten, dürfte aber einen wichtigen Beitrag für die so notwendige außen- und sicherheitspolitische Debatte der Sozialdemokratie leisten.

Kurt Beck und Hubertus Heil (Hg.): Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, NOMOS VERLAG, Baden-Baden 2007, 499 S., € 39,00.



Timo Noetzel (*1977) ist Transatlantic Post-Doc Fellow bei der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der STIFTUNG WISSENSCHAFT UND POLITIK (SWP) in Berlin. timo.noetzel@swp-berlin.org

Sibylle Plogstedt

Schreiben am Pilgerpfad

Christina von Brauns »Stille Post«

Nachdem Christina von Braun von dieser und jener Seite die Tagebücher ihrer Angehörigen vererbt wurden, hat sie nun ein Buch über ihre berühmte Familie geschrieben. Zum Teil weiß sie selbst nicht so recht, wie sie an all die Aufzeichnungen gekommen ist. Sie müsse wohl unbewusst danach gesucht haben, um daraus die Biografie der Diplomatenfamilie zu rekonstruieren und so die Geschichte der Großmutter Hildegard Margis aufzudecken.

Diese wurde zur erklärten Kriegsgegnerin, nachdem ihr Mann im Ersten Weltkrieg gefallen war. Als Witwe machte sie sich selbstständig, um ihre zwei Kinder ernähren zu können. Mit ihren Zeitschriften, die auf den Haushalt mit modernen Gas- und die Elektroküchen ausgerichtet waren, stieß sie in eine Marktlücke vor; und ließ passende Rezepte verfassen. Margis war geschäftstüchtig und brachte es in der Weimarer Republik zu Wohlstand und

Ansehen, auch wenn die Enkelin posthum mit dem erhobenen Zeigefinger moralisiert: »Das hättest du nicht tun dürfen, von SIEMENS und der GASAG parallel kassieren ...«

Christina von Braun besitzt zwar kaum Fotos von ihrer Großmutter; vermutet diese aber auf einem Gruppenbild herausgeputzter Damen, die in Berlin für ein gemeinsames Essen zusammengekommen sind. Die abgebildeten Frauen sind in eine lebhaftige Diskussion verwickelt. Die Medien- und die Frauenfrage, so die Vermutung, hatte die Großmutter gewiss ebenfalls im Sinn. Das treibt auch Christina von Braun selbst um: Sie ist Professorin für Genderforschung an der Berliner HUMBOLDT-UNIVERSITÄT, und hat neben einer Vielzahl von Büchern auch zahlreiche Filme gemacht. Ihre Schwester Carola von Braun war Frauenbeauftragte in Berlin und zeitweise Vorsitzende der FDP.